

Praxisleitfaden Geldwäscheprävention in Unternehmen und Organisationen

Aktuelle Anforderungen und Handlungshinweise

Bearbeitet von
Von: Karsten Bornholdt, und Wolfgang Paul

1. Auflage 2019. Buch. 254 S. Softcover
ISBN 978 3 8462 0956 1
Format (B x L): 16,5 x 24,4 cm

[Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Bankrecht, Kapitalmarktrecht](#)

schnell und portofrei erhältlich bei



Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Bornholdt · Paul

Praxisleitfaden Geldwäscheprävention in Unternehmen und Organisationen

Aktuelle Anforderungen
und Handlungshinweise zur
Geldwäscheprävention und zum
Transparenzregister

Best Practice für Compliance und Sicherheit

comply.

Leseprobe

 Reguvis

Bundesanzeiger Verlag

Praxisleitfaden Geldwäscheprävention in Unternehmen und Organisationen

Praxisleitfaden Geldwäscheprävention in Unternehmen und Organisationen

Aktuelle Anforderungen
und Handlungshinweise zur
Geldwäscheprävention und zum
Transparenzregister

Dr. Karsten Bornholdt und
Wolfgang Paul

≡ Reguvis
Bundesanzeiger Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Eine Marke der Bundesanzeiger Verlag GmbH · Amsterdamer Straße 192 · 50735 Köln
www.reguvis.de

Weitere Informationen finden Sie auch in unserem Themenportal unter
www.betrifft-unternehmen.de

E-Mail: wirtschaft@bundesanzeiger.de

ISBN (Print): 978-3-8462-0956-1

ISBN (E-Book): 978-3-8462-0957-8

© 2019 Bundesanzeiger Verlag GmbH, Köln

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk einschließlich seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Dies gilt auch für die fotomechanische Vervielfältigung (Fotokopie/Mikrokopie) und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Hinsichtlich der in diesem Werk ggf. enthaltenen Texte von Normen weisen wir darauf hin, dass rechtsverbindlich allein die amtlich verkündeten Texte sind.

Herstellung: Günter Fabritius

Produktmanagement: RA Jörg Schick

Lektorat: Annett Mohnert

Satz: Cicero Computer GmbH, Bonn

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Appel & Klinger Druck und Medien GmbH,
Schneckenlohe

Titelabbildung: © ipopba/istockphoto.com

Printed in Germany

Vorwort

Das Gesetz zur Umsetzung der Vierten EU-Geldwäschegerichtlinie, zur Ausführung der EU-Geldtransferverordnung und zur Neuorganisation der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen brachte im Wesentlichen mit Wirkung ab dem 23. Juni 2017 eine völlige Neuordnung des Rechts zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung mit sich. Beispielhaft seien nur die Einführung des Transparenzregisters, die Neuorganisation der FIU, die Änderungen zentraler Begriffe, wie dem des wirtschaftlich Berechtigten, oder die erhebliche Verschärfung des Bußgeld-Regimes genannt. Erstmals richtet sich das Gesetz mit den neuen Vorschriften zum Transparenzregister über den Kreis bestimmter Verpflichteter hinaus flächendeckend an nahezu alle Gesellschaften und Rechtsgestaltungen in Deutschland. Damit ist das Gesetz nun auch von selbstständigen und unselbstständigen Stiftungen, Vereinen sowie trustähnlichen Gebilden zu berücksichtigen.

Das Aufeinandertreffen von zum Teil sehr komplizierten rechtlichen Regelungen und oftmals komplexen wirtschaftsrechtlichen Gestaltungen führte in Teilen der Praxis zu einem unüberhörbaren Ruf nach verlässlicher Hilfestellung. Dem versuchen der Verlag und die Autoren mit diesem in der ersten Auflage erscheinenden Werk zu entsprechen, was angesichts der gewaltigen rechtlichen Veränderungen eine nicht einfache Aufgabe darstellte.

Besonderen Dank schulden die Autoren daher Frau Svenja Kraußer und Frau Sarah-Sophie Rasche für deren tatkräftige Unterstützung. Dabei gebührt der Dank Frau Svenja Kraußer vor allem für ihre zuverlässigen Schreibarbeiten im Rahmen der Manuskripterstellung und Frau Sarah-Sophie Rasche für ihre vielfältigen Recherchen und die Ausarbeitung verschiedener Formalien und Übersichten, wie z. B. des Inhalts-, Abkürzungs- und Literaturverzeichnisses sowie einer Zusammenstellung verschiedener Auslegungs- und Anwendungshinweise.

Hamburg, im Januar 2019

Wolfgang Paul, Karsten Bornholdt

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Autoren	17
Abkürzungsverzeichnis	19
Literaturverzeichnis	23
1. Einführung	29
2. Gesetzeshistorie	32
3. Wichtige Rechtsquellen	34
3.1 Internationale Ebene	34
3.2 Nationale Ebene	34
3.2.1 Gesetze	34
3.2.2 Auslegungs- und Anwendungshinweise	35
3.2.2.1 Pflicht	35
3.2.2.2 Sachliche Reichweite	35
3.2.2.3 Persönliche Reichweite – Adressatenkreis	36
3.2.2.4 Aktualisierungspflicht	36
3.2.2.5 Fehlerhafte und konkurrierende Auslegungs- und Anwendungshinweise	37
3.3 FATF-Empfehlungen	41
4. Sinn und Zweck des Gesetzes	43
5. Grundlegende Begriffe des Geldwäscherechts	44
5.1 Geldwäsche	44
5.1.1 Tatbestandsvoraussetzungen	44
5.1.2 Bedeutung	45
5.2 Terrorismusfinanzierung	45
5.3 Vertrags- und Geschäftsbeziehung	46
5.4 Transaktion	49
5.4.1 Allgemeines	49
5.4.2 Begriffsbestimmung	49

Inhaltsverzeichnis

6. Verpflichtete (§ 2 GwG) und Gruppenzugehörigkeit (§ 9 GwG)	52
6.1 Verpflichtete	52
6.1.1 Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute	52
6.1.2 Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute	53
6.1.3 Agenten und E-Geld-Agenten	53
6.1.4 Selbstständige Gewerbetreibende	53
6.1.5 Finanzunternehmen	53
6.1.6 Versicherungsunternehmen und Versicherungsvermittler	54
6.1.7 Kapital- und sonstige Verwaltungsgesellschaften	55
6.1.8 Rechtsanwälte	56
6.1.9 Rechtsdienstleister/Rechtsbeistände	57
6.1.10 Wirtschaftsprüfer, Buchprüfer, Steuerberater und Steuerbevollmächtigte	58
6.1.11 Treuhänder	58
6.1.12 Immobilienmakler	59
6.1.13 Veranstalter und Vermittler von Glücksspielen	59
6.1.14 Güterhändler	59
6.1.15 Ausnahmen vom Anwendungsbereich	60
6.1.16 Dienstleister virtueller Währungen	60
6.2 Gruppenzugehörigkeit (§ 9 GwG)	61
7. Wirtschaftlich Berechtigter	64
7.1 Bedeutung und Funktion	64
7.2 Das Verhältnis der einzelnen Absätze zueinander	64
7.3 Natürliche Personen	65
7.4 Grundsatz der Letztverantwortung	65
7.5 Realitätsgrundsatz	66
7.6 Grundtatbestände des wirtschaftlich Berechtigten	66
7.6.1 Eigentums- und Kontrolltatbestand	67
7.6.2 Veranlassungstatbestand	67
7.6.3 Die gesetzliche Vermutung des § 3 Abs. 1 Satz 2 GwG	67

7.7 Juristische Personen und Personengesellschaften	68
7.7.1 Allgemeines	69
7.7.2 Anwendungsbereich	69
7.7.2.1 Rechtsfähige Stiftung	69
7.7.2.2 Notierung am organisierten Markt	69
7.7.2.3 Entsprechende Transparenzanforderungen oder gleichwertige internationale Standards	70
7.7.3 Der 25 %-Schwellenwert und vergleichbare Kontrolle	71
7.7.3.1 Zweck der 25 %-Grenze	71
7.7.3.2 Kapitalanteile	71
7.7.3.3 Stimmrechte	72
7.7.3.4 Unmittelbare und mittelbare Kontrolle	73
7.7.3.4.1 Unmittelbare Kontrolle	73
7.7.3.4.2 Mittelbare Kontrolle	73
7.7.3.5 Entsprechende Anwendung des § 290 Abs. 2 bis 4 HGB	74
7.7.3.6 Gesetzliche Fiktion (Satz 5)	77
7.7.3.6.1 Allgemeines	77
7.7.3.6.2 Gesetzlicher Vertreter	78
7.7.3.6.3 Umfassende Prüfungspflicht	78
7.8 Stiftungen und Rechtsgestaltungen nach § 3 Abs. 3 GwG	80
7.9 Einzelfälle	81
7.9.1 Rechtsfähige Stiftungen	81
7.9.2 Treuhandverhältnisse	83
7.9.2.1 Einfache Treuhandverhältnisse	83
7.9.2.2 Qualifizierte Treuhandverhältnisse	87
7.9.2.2.1 Treuhandverhältnisse bei alternativen Investmentfonds	87
7.9.2.2.2 Vertraglich gestaltete qualifizierte Treuhandverhältnisse	87
7.9.3 Trust	88
7.9.4 Unselbstständige Stiftungen (nicht rechtsfähige Stiftungen)	90
7.9.5 Kirchliche Stiftungen	91
7.9.6 Dach- und Unterstiftungen	91
7.9.7 Nicht eingetragener Verein	92
7.9.8 Kommanditgesellschaften	92
7.9.9 Nießbrauch	92

Inhaltsverzeichnis

7.9.10 Unterbeteiligung	94
7.9.11 Stille und atypisch stille Beteiligung	95
7.9.12 Vertretungsfälle	95
7.9.13 Insolvenzverwalter	96
7.9.14 Testamentsvollstrecker	96
7.9.15 Erbengemeinschaft	96
8. Risikomanagement	98
8.1 Allgemeines	98
8.2 Normadressaten	98
8.3 Verantwortliche Person	98
8.4 Benennung	100
8.5 Genehmigung	100
8.6 Wirksamkeit	101
8.7 Grundsatz der Risikoangemessenheit	102
8.7.1 Umsetzungsstufen	102
8.7.1.1 Sachverhaltsstufe (Ermittlungsstufe)	102
8.7.1.2 Normative Stufe (Bewertungsstufe)	102
8.7.1.3 Umsetzungsstufe	102
8.7.2 Begriff der Risikoangemessenheit	103
9. Risikoanalyse	105
9.1 Normadressaten und Befreiungsmöglichkeiten	105
9.2 Inhalt der Risikoanalyse und Risikofaktoren	105
9.3 Gestaltung der Risikoanalyse	106
10. Interne Sicherungsmaßnahmen	107
10.1 Allgemeines	107
10.2 Aufsichtsbehördliche Anordnungen	107
10.2.1 Einzelfallanordnungen nach § 6 Abs. 8 GwG	107
10.2.2 Behördliche Anordnung gem. § 6 Abs. 9 GwG	107
10.3 Inhalt interner Sicherungsmaßnahmen	108
10.3.1 Ziele und Grundsätze	108

10.3.2 Interne Sicherungsmaßnahmen im Einzelnen	110
10.3.2.1 Einhaltung sonstiger geldwäscherechtlicher Vorschriften	110
10.3.2.2 Schaffung und Fortentwicklung geeigneter Maßnahmen	110
10.3.2.3 Mitarbeiterüberprüfung	111
10.3.2.4 Mitarbeiterunterrichtung	112
10.3.2.5 Unabhängige Prüfung	112
10.3.2.6 Datenverarbeitungssysteme im Glücksspiel	112
10.3.2.7 Help-Line (Whistleblowing-System)	113
10.3.2.8 Auskunftspflichten und Selbstbelastungsfreiheit	113
10.3.2.8.1 Zu treffende Vorkehrungen	113
10.3.2.8.2 Auskunftsverweigerungsrechte	114
10.3.2.8.3 Selbstbelastungsfreiheit	114
10.4 Anstellungsverhältnisse	116
10.4.1 Einleitung und Zweck	117
10.4.2 Unternehmen	118
10.4.3 Wesentliche Konstellationen	118
10.4.3.1 Katalogtypische Tätigkeiten des Unternehmens	118
10.4.3.1.1 Nicht katalogtypische Tätigkeit des Angestellten	118
10.4.3.1.2 Katalogtypische Tätigkeit des Angestellten	119
10.4.3.2 Unternehmen, die nicht katalogtypisch tätig sind	120
10.4.3.2.1 Nicht katalogtypische Angestellte	120
10.4.3.2.2 Katalogtypische Angestellte	120
10.4.4 Rechtsfolgen	122
10.5 Auslagerung interner Sicherungsmaßnahmen	122
11. Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten	124
11.1 Allgemeines	124
11.2 Selbstbelastungsfreiheit	124
11.3 Gegenstand	125
11.3.1 Vertragspartner, auftretende Person, wirtschaftlich Berechtigter	125
11.3.2 Geschäftsbeziehungen und Transaktionen	125
11.3.3 Risikobewertung und Angemessenheitsprüfung	126
11.3.4 Transaktionsuntersuchungen mit Blick auf § 15 Abs. 5 Nr. 1 GwG	127
11.3.5 Meldepflicht nach § 43 Abs. 1 GwG	127

Inhaltsverzeichnis

11.4 Art der Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten	128
11.5 Digitale Speicherung	129
11.6 Aufbewahrungsdauer	129
11.6.1 5-Jahres-Dauer	129
11.6.2 Fristbeginn	130
11.6.3 Konkurrenz zu anderen gesetzlichen Bestimmungen und Beispiele	131
12. Der Geldwäschebeauftragte	134
12.1 Allgemeines	134
12.2 Stellvertreter	134
12.3 Bestellung	135
12.3.1 Bestellung kraft Gesetzes	135
12.3.2 Bestellung kraft Behördenanordnung	136
12.3.3 Durchführung der Bestellung	137
12.4 Persönliche Eigenschaften des Geldwäschebeauftragten	138
12.5 Stellung in der Unternehmenshierarchie	139
12.6 Aufgaben des Geldwäschebeauftragten	140
12.7 Die arbeitsrechtliche Stellung des Geldwäschebeauftragten	141
12.7.1 Externer und interner Geldwäschebeauftragter	141
12.7.2 Bestellung des internen Geldwäschebeauftragten	141
12.7.3 Direktionsrecht	141
12.7.4 Benachteiligungsverbot	142
12.7.5 Beendigung der Tätigkeit	142
12.7.5.1 Fristablauf	143
12.7.5.2 Vereinbarung	143
12.7.5.3 Amtsniederlegung	143
12.7.5.4 Abberufung	143
12.7.5.5 Widerruf	143
12.7.5.6 Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses	144
12.7.5.7 Nachwirkender Sonderkündigungsschutz	145
12.7.5.7.1 Einzelne Beendigungsgründe	146
12.7.5.7.2 Dauer	147
12.7.5.7.3 Mitbestimmungsrechtlicher Bezug	147
12.7.5.7.4 Der externe Geldwäschebeauftragte und sein Stellvertreter	148

13. Sorgfaltspflichten	149
13.1 Aufbau § 10 GwG	152
13.2 Gestufte Sorgfaltspflichten	152
13.2.1 Allgemeine Sorgfaltspflichten	153
13.2.1.1 Inhalt allgemeiner Sorgfaltspflichten	154
13.2.1.1.1 Identifizierung des Vertragspartners	154
13.2.1.1.2 Identitätsüberprüfung	155
13.2.1.1.3 Vertragspartner/für ihn auftretende Person	157
13.2.1.1.4 Weitere allgemeine Sorgfaltspflichten	159
13.2.1.2 Umfang der Maßnahmen	159
13.2.1.3 Zeitpunkt der Erfüllung der allgemeinen Sorgfaltspflichten	160
13.2.2 Vereinfachte Sorgfaltspflichten	161
13.2.2.1 Faktoren für ein potenziell geringeres Risiko	161
13.2.2.2 Anwendung vereinfachter Sorgfaltspflichten	163
13.2.3 Verstärkte Sorgfaltspflichten	163
13.2.3.1 Faktoren für ein potenziell höheres Risiko	163
13.2.3.2 Zwingende Annahme eines höheren Risikos	165
13.2.3.3 Einzelne verstärkte Sorgfaltspflichten	167
13.3 Rechtsfolge	167
13.4 Delegierung	168
14. Besonderheiten: Glücksspiel im Internet	169
15. Meldepflicht	172
15.1 Meldepflicht von Verpflichteten	172
15.1.1 Allgemeines	172
15.1.2 Einzelne Meldepflichten	185
15.1.3 Ausnahmen von der Meldepflicht	187
15.1.4 Sonderregelungen	187
15.2 Meldepflicht von Aufsichtsbehörden	189
15.3 Form der Meldung, Verordnungsermächtigung	190
15.4 Durchführung von Transaktionen	191

Inhaltsverzeichnis

15.5 Verbot der Informationsweitergabe, Verordnungsermächtigung	192
15.5.1 Verbot der Informationsweitergabe	192
15.5.2 Ausnahmen von dem Verbot der Informationsweitergabe	192
15.6 Freistellung von der Verantwortlichkeit	196
15.7 Informationszugang und Schutz der meldenden Beschäftigten	197
15.7.1 Auskunft an den Betroffenen bei noch laufender Analyse	197
15.7.2 Auskunft an den Betroffenen nach abgeschlossener Analyse	197
15.7.3 Schutz von Personen, die in einem Beschäftigungsverhältnis zum Verpflichteten stehen	199
16. Zentralstelle für Finanztransaktions- untersuchungen	200
16.1 Aufgaben der FIU	201
16.1.1 Auskunftsverlangen nach § 30 Abs. 3 GwG	202
16.1.2 Meldungen gem. §§ 43, 44 GwG	202
16.1.3 Transaktionsuntersagungen und sonstige Sofortmaßnahmen	203
16.2 Daten- und Informationsaustausch	204
17. Aufsicht, Zusammenarbeit, Bekanntmachung und Bußgeldvorschriften	206
17.1 Aufsichtsbehörden	206
17.2 Ausübung der Aufsicht	209
17.3 Mitwirkungspflichten	214
17.4 Hinweise auf Verstöße	215
17.5 Verschwiegenheitspflicht	217
17.6 Zusammenarbeit mit anderen Behörden	218
17.7 Bußgelder und Bekanntmachungen	222
17.8 „Name & Shame“	224
17.9 Datenschutz	225
18. Transparenzregister	226
18.1 Allgemeines	226
18.1.1 Zweck des Transparenzregisters	226

18.1.2 Registergrundsätze	227
18.1.2.1 Keine Richtigkeits- und Vollständigkeitsgewähr	227
18.1.2.2 Kein Schutz des guten Glaubens	227
18.1.2.3 Erfüllung der Sorgfaltspflichten	227
18.2 Registerführung	228
18.2.1 Beleihung	228
18.2.2 Hoheitliche Aufgabe	229
18.3 Der wirtschaftlich Berechtigte im Transparenzregister	229
18.3.1 Wessen wirtschaftlich Berechtigte sind zu erfassen?	229
18.3.1.1 Juristische Personen und Personengesellschaften	230
18.3.1.2 Rechtsgestaltungen nach § 21 GwG	230
18.3.1.3 Internationaler Bezug	231
18.3.2 Wie werden die wirtschaftlich Berechtigten ermittelt?	232
18.3.3 Was wird vom Transparenzregister erfasst und zugänglich gemacht?	233
18.4 Transparenzpflichten im Einzelnen	234
18.4.1 Einholungspflicht	234
18.4.2 Aktualisierungspflicht	236
18.4.3 Aufbewahrungspflicht	237
18.4.4 Mitteilungspflichten	237
18.4.5 Erfüllungsfiktion	238
18.5 Angabepflichtige nach § 20 Abs. 3 GwG	241
18.5.1 Übersicht	241
18.5.2 Unmittelbare Kontrolle	242
18.5.3 Mittelbare Kontrolle	243
18.5.4 Erfüllungsfiktion	243
18.6 Zugängliche Dokumente	243
18.6.1 Technische Fragen	244
18.6.2 Inhalt	244
18.7 Einsichtsrecht ins Transparenzregister	245
18.7.1 Berechtigte	245
18.7.2 Beschränkungen der Einsichtnahme	246
18.8 Ausdrucke, Bestätigungen, Beglaubigungen	247
18.8.1 Antragsrecht	247
18.8.2 Datenausdruck	248

Inhaltsverzeichnis

18.8.3 Negativbestätigungen	248
18.8.4 Beglaubigungen	248
18.9 Gebühren und Auslagen	248
Stichwortverzeichnis	249

Autoren

Dr. Karsten Bornholdt



Dr. Karsten Bornholdt ist Rechtsanwalt und seit 2007 Partner bei nbs partners in Hamburg.

Als Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht umfasst sein Tätigkeitsschwerpunkt nicht nur die Beratung von Banken und Sparkassen, die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung im Bereich des Bank- und Kapitalmarktrechts und die Beratung von Emissionshäusern und Fondsgesellschaften, sondern auch die Projektleitung und Gestaltung von Maßnahmen im Kapitalanlage-Bereich.

Durch seine langjährige Berufserfahrung ist Dr. Karsten Bornholdt ein gefragter Ansprechpartner und routinierter Praktiker im Bereich des Geldwäscherechts.

Wolfgang Paul



Wolfgang Paul ist seit 2017 Rechtsanwalt bei nbs partners, Hamburg. Mit mehr als 20 Jahren Erfahrung in verschiedenen Wirtschaftsunternehmen innerhalb und außerhalb des Finanzsektors verfügt er über hohe interdisziplinäre Expertise im Handels-, Gesellschafts-, Bank- und Kapitalmarktrecht.

Sein Tätigkeitsprofil reicht von der gesellschaftsrechtlichen Beratung und Gestaltung über Kapitalmaßnahmen und Sanierungsmodelle bis hin zur aufsichtsrechtlichen Beratung und der Durchführung entsprechender Erlaubnisverfahren im Banken- und Finanzdienstleistungsbereich (KAGB und KWG). Aus diesem Kontext resultiert einer seiner Tätigkeitsschwerpunkte: das Geldwäscherecht. Hier agiert Wolfgang Paul u.a. in mehreren Unternehmen als externer Geldwäschebeauftragter.

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.F.	alte Fassung
Abb.	Abbildung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AIF	Alternativer Investmentfonds
AktG	Aktiengesetz
Anh.	Anhang
AO	Abgabenordnung
ArbR	Arbeitsrecht
arg.	argumentum
Art.	Artikel
AuA	Auslegungs- und Anwendungshinweise
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
Az.	Aktenzeichen
AZR	Ausländerzentralregister
BAFA	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAG	Bundesarbeitsgericht
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
Begr.	Begründung
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BMF	Bundesfinanzministerium
BNotO	Bundesnotarordnung
BörsG	Börsengesetz
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BT-Drs.	Bundestagsdrucksacke
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
d.h.	das heißt
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)

Abkürzungsverzeichnis

DelVO	Delegierte Verordnung
DSGVO	Datenschutz-Grundverordnung
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
EBA	European Banking Authority, Europäische Bankenaufsichtsbehörde
EG	Europäische Gemeinschaft
EGGmbHG	Einführungsgesetz zum Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ESA	European Supervisory Authorities
ESMA	European Securities and Markets Authority, Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde
EuRAG	Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
Einl.	Einleitung
ErwGrd.	Erwägungsgrund
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EUREX	European Exchange
f.	folgend
FAQ	Frequently Asked Questions
FATF	Financial Action Task Force
ff.	fortfolgend
FiMaNoG	Finanzmarktnovellierungsgesetz
FinVermV	Finanzanlagenvermittlungsverordnung
FIU	Financial Intelligence Unit
Fn.	Fußnote
fortg.	fortgeführt
GastG	Gaststättengesetz
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GeldtransferVO	Geldtransferverordnung
gem.	gemäß
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GwG	Geldwäschegegesetz
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)

GW-RL.	Geldwässcherichtlinie
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
i.d.R.	in der Regel
i.d.S.	in diesem Sinne
IDÜV	Indexdatenübermittlungsverordnung
i.H.v.	in Höhe von
InsO	Insolvenzordnung
i.R.v.	im Rahmen von
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch
Kap.	Kapitel
KG	Kommanditgesellschaft
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KWG	Kreditwesengesetz
lit.	Litera (Buchstabe)
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MiFID	Markets in Financial Instruments Directive
Mio.	Millionen
n.F.	neue Fassung
NASDAQ	National Association of Securities Dealers Automated Quotations
NGO	Non-Government Organization
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NPO	Non-Profit Organization
Nr.	Nummer
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZWiSt	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht
o.g.	oben genannt
OHG	offene Handelsgesellschaft
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
PAO	Patentanwaltsordnung
PartGG	Partnerschaftsgesellschaftsgesetz
PAuswG	Personalausweisgesetz
PeP	politisch exponierte Person
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz
Reg.-Begr.	Regierungsbegründung

Abkürzungsverzeichnis

Rl.	Richtlinie
Rn.	Randnummer
S.	Seite
s.	siehe
s.o.	siehe oben
sog.	sogenannt
s.u.	siehe unten
StBerG	Steuerberatungsgesetz
Std. Rspr.	Ständige Rechtsprechung
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
TBelV	Transparenzregisterbeleihungsverordnung
TCSPs	Trust and Company Service Providers
Tel.	Telefon
TMG	Telemediengesetz
TrDÜV	Transparenzregisterdatenübermittlungsverordnung
TrEinV	Transparenzregistereinsichtnahmeverordnung
TrGebV	Transparenzregistergebührenverordnung
u.a.	unter anderem
UG	Unternehmergeellschaft
umstr.	umstritten
URL	Uniform Resource Locator
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
Var.	Variante
VersVermV	Versicherungsvermittlungsverordnung
vgl.	vergleiche
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WPO	Wirtschaftsprüferordnung
ZAG	Zahlungsdienstaufsichtsgesetz
z.B.	zum Beispiel
ZldPrüfV	Zahlungskonto-Identitätsprüfungsverordnung
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung

Literaturverzeichnis

Kommentare

- Baumbach, Adolf (Begr.)/Hopt, Klaus: *Handelsgesetzbuch*, 38. Auflage, C. H. Beck, München 2018.
- Beuthien, Volker/Gummert, Hans/Schöpflin, Martin (Hrsg.): *Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts, Band 5*, 4. Auflage, C. H. Beck, München 2016.
- Boos, Karl-Heinz/Fischer, Reinfrid/Schulte-Mattler, Hermann (Hrsg.): *Kreditwesengesetz VO (EU Nr. 575/2013 (CCR), Band 1*, 5. Auflage, C. H. Beck, München 2016.
- Ebenroth, Carsten Thomas/Boujoung, Karlheinz/Joost, Detlev (Begr.)/Strohn, Lutz (Hrsg.): *Handelsgesetzbuch*, 3. Auflage, C. H. Beck/Franz Vahlen, München 2014.
- Eisenberg, Ulrich: *Beweisrecht der StPO*, 10. Auflage, C. H. Beck, München 2017.
- Erbs, Georg (Begr.)/Kohlhaas, Max (Hrsg.): *Strafrechtliche Nebengesetze, Band 2*, 219. EGL, C. H. Beck, München April 2018.
- Fitting, Karl (Begr.): *Betriebsverfassungsgesetz*, 25. Auflage, Franz Vahlen, München 2010.
- Fleischer, Holger/Goette, Wulf: *Münchener Kommentar zum GmbHG*, Band 1, 3. Auflage, C. H. Beck, München 2018.
- Goette, Wulf/Habersack, Mathias (Hrsg.): *Münchener Kommentar zum Aktiengesetz*, Band 1, 4. Auflage, C. H. Beck, München 2016.
- Herzog, Felix (Hrsg.): *Geldwäschegegesetz*, 2. Auflage, C. H. Beck, München 2014 und 3. Auflage, C. H. Beck, München 2018.
- Jauernig, Othmar/Stürner, Rolf: *Bürgerliches Gesetzbuch*, 17. Auflage, C. H. Beck, München 2018.
- Joecks, Wolfgang/Miebach, Klaus (Hrsg.): *Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch, Band 4*, 3. Auflage, C. H. Beck, München 2017.
- Kiel, Heinrich/Lunk, Stefan/Oetker, Hartmut (Hrsg.): *Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht, Band 1*, 4. Auflage, C. H. Beck, München 2018.
- Lackner, Karl/Kühl, Kristian: *Strafgesetzbuch*, 29. Auflage, C. H. Beck, München 2018.
- Lutter, Marcus/Hommelhoff, Peter (Hrsg.): *GmbH-Gesetz*, 19. Auflage, Dr. Otto Schmidt, Köln 2016.
- Müller-Glöge, Rudi/Preis, Ulrich/Schmidt, Ingrid (Hrsg.): *Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht*, 18. Auflage, C. H. Beck, München 2018.
- Palandt, Otto (Begr.): *Bürgerliches Gesetzbuch*, 77. Auflage, C. H. Beck, München 2018.
- Schönke, Adolf (Begr.)/Schröder, Horst (fortg.): *Strafgesetzbuch*, 29. Auflage, C. H. Beck, München 2014.
- Schwarz, Eberhard/Zimmer, Daniel (Hrsg.): *Kapitalmarktrechtskommentar*, 4. Auflage, C. H. Beck, München 2010.
- Stellkens, Paul/Bonk, Heinz Joachim (Begr.)/Sachs, Michael (Hrsg.): *Verwaltungsverfahrensgesetz*, 9. Auflage, C. H. Beck, München 2018.
- Zentes, Uta/Glaab, Sebastian (Hrsg.): *Geldwäschegegesetz Geldtransferverordnung, relevante Vorgaben aus KWG, VAG, StGB und AO*, Deutscher Fachverlag GmbH, Fachmedien Recht und Wirtschaft, Frankfurt am Main 2018.

Literaturverzeichnis

Lehrbücher und Monografien

Schaub, Günter (Begr.): *Arbeitsrechts-Handbuch*, 17. Auflage, C. H. Beck, München 2017.

Aufsätze in Fachzeitschriften

Assmann, Heinz-Dieter/Hütten, Hilmar: AG 2017, 449 bis 464.

Beckmann, Christian: DStR 2017, 1724 bis 1728.

Bochmann, Christian: DB 2017, 1310 bis 1317.

Dahns, Christian: NJW-Spezial, 126 bis 127.

Frank, Alexander: NJOZ 2018, 1481 bis 1486.

Friese, Arne/Brehm, Christian: GWR 2017, 271 bis 274.

Galen, Margarete: NJW 2003, 117 bis 118.

Gerlach, Carina Sophie: CCZ 2017, 176 bis 179.

Henke, Matthias/von Busekist, Konstantin: DB 2017, 1567 bis 1575.

Hugger, Heiner/Cappel, Alexander: DB 2018, 1066 bis 1072.

Klugmann, Marcel: NJW 2017, 2888 bis 2889.

Kotzenberg, Jochen/Lorenz, Karsten: NJW 2017, 2433 bis 2438.

Kotzenberg, Jochen/Lorenz, Karsten: NZG 2017, 1325 bis 1331.

Krais, Jürgen: CCZ 2015, 251 bis 256.

Krais, Jürgen: NZWiSt 2018, 321 bis 325.

Longrée, Sebastian/Pesch, Katja: NZG 2017, 1081 bis 1090.

Paul, Wolfgang: GWR 2018, 147 bis 149.

Paul, Wolfgang: ZIP 2018, 1571 bis 1582.

Pelka, Jürgen/Hetller, Stephan/Weinhausen, Susanne: DStR 2018, 1303 bis 1307.

Pelz, Christian/Schorn, Martin: NJW 2018, 1351 bis 1355.

Rieg, Jürgen: BB 2017, 2310 bis 2320.

Scaraggi-Kreitmayer, Annamaria: DStR 2018, 1388 bis 1392.

Schaub, Peter: DStR 2017, 1438 bis 1444.

Scherp, Dirk: DB 2018, 2681 bis 2684.

Weiske, Anna Maria/Mocker, Felix: GWR 2017, 445 bis 448.

Zeitschriften/Studien

Kury, Othmar: BRAK Magazin, Februar 2018, Ausgabe 1/18, S. 3.

Kury, Othmar: Bundesrechtsanwaltskammer-Magazin, 1/2018, S. 3, Editorial.

Schneider, Friedrich, in: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (Hrsg.): *Der Umfang der Geldwäsche in Deutschland und weltweit*, Berlin 2016.

Unger, Brigitte/Addink, Henk/Walker, John/Ferwerda, Joras/van den Broek, Melissa/Deleanu, Ioana: *Project „ECOLEF“. The Economic and Legal Effectiveness of Anti-Money Laundering and Combating Terrorist Financing Policy*, Utrecht University, Utrecht (Niederlande) 2013.

Internetfundstellen

Verfasser	Titel	URL	Abrufdatum
Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration	<i>Basisinformationen Geldwäschegesetz für Güterhändler Immobilienmakler und andere Nichtfinanzunternehmen</i>	https://www.stmi.bayern.de/assets/stmi/sus/inneresicherheit/2018_04_11_geldwaeschepraevention.pdf	03.01.2019
Bundesanstalt für Finanzdienstleistung (BaFin)	<i>Auslegungshinweise</i>	https://www.bafin.de/DE/Aufsicht/Uebergreifend/Geldwaeschebekaempfung/geldwaeschebekaempfung_node.html	03.01.2019
Bundesanstalt für Finanzdienstleistung (BaFin)	<i>BaFin-Hinweisgeberstelle für Verstöße gegen Aufsichtsrecht</i>	https://www.bafin.de/DE/Aufsicht/Uebergreifend/Hinweisgeberstelle/hinweisgeberstelle_node.html	03.01.2019
Bundesanstalt für Finanzdienstleistung (BaFin)	<i>Hinweisgeberstelle</i>	https://www.bkms-system.net/bkwebanon/report/clientInfo?cin=2BaF6&language=ger	03.01.2019
Bundesanstalt für Finanzdienstleistung (BaFin)	<i>Jahresbericht 2012</i>	https://www.bafin.de/SharedDocs/Downloads/DE/Jahresbericht/dl_jb_2012.html	03.01.2019
Bundesministerium der Finanzen	<i>Auslegungshinweise des Bundesministeriums der Finanzen zur Handhabung des Verdachtsmeldebewesens vom 6.11.2014</i>	http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Internationales_Finanzmarkt/Finanzmarktpolitik/Finanzmarktregulierung/2014-01-29-11-GwG-anlage2.pdf	03.01.2019
Bundesministerium der Finanzen	<i>Meldeformulare</i>	https://www.formulare-bfinv.de	03.01.2019
Bundesnotarkammer	<i>Anwendungsempfehlungen Geldwäschegesetz 2017</i>	https://www.bnok.de/_downloads/Anwendungsempfehlungen/Anwendungsempfehlungen_zum_Geldwaeschegesetz_BNotK.pdf	03.01.2019
Bundesrechtsanwaltskammer	<i>Verhaltensempfehlungen für Rechtsanwälte im Hinblick auf die Vorschriften des Geldwäschekämpfungsgesetzes (GwG) und die Geldwäsche § 261 StGB</i>	https://www.brak.de/w/files/02_fuer_anwaelt/berufsrecht/verhaltensempfehlung_gwg-c261stgb.pdf	03.01.2019
Bundessteuerberaterkammer	<i>Anwendungshinweise der Bundessteuerberaterkammer zum Geldwäschegesetz</i>	https://www.bstbk.de/export/sites/standard/de/ressourcen/Dokumente/04_presse/pressedossiers/03-2009-04-21_Anwendungshinweise_zum_GwG.pdf	03.01.2019
Bundesverwaltungsamt	<i>FAQ zum Transparenzregister</i>	https://www.bva.bund.de/DE/Das-BVA/Aufgaben/T/Transparenzregister/_documents/FAQ_transparenz_kachel.html	21.01.2019
Bundesverwaltungsamt	<i>FAQ zum Transparenzregister, Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten, Frage 1</i>	https://www.bva.bund.de/SharedDocs/FAQs/DE/Aufgaben/ZMV/FAQ_transparenzregister/fragen/02_angaben-zum-wirtschaftlich-berechtigten/azwb_frage_01.html	21.01.2019

Literaturverzeichnis

Verfasser	Titel	URL	Abrufdatum
Bundesverwaltungsamt	<i>FAQ zum Transparenzregister, Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten, Frage 8</i>	https://www.bva.bund.de/SharedDocs/FAQs/DE/Aufgaben/ZMV/FAQ_transparenzregister/fragen/02_angaben-zum-wirtschaftlich-berechtigten/azwb_frage_08.html	21.01.2019
Bundesverwaltungsamt	<i>FAQ zum Transparenzregister, Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten, Frage 14</i>	https://www.bva.bund.de/SharedDocs/FAQs/DE/Aufgaben/ZMV/FAQ_transparenzregister/fragen/02_angaben-zum-wirtschaftlich-berechtigten/azwb_frage_14.html	21.01.2019
Deutscher Industrie- und Handelskammertag	<i>Vermittlerregister</i>	https://www.vermittlerregister.info	03.01.2019
Europäische Kommission	<i>Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament den Rat den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – KOM (2010) 716 endgültig</i>	http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2010/DE/1-2010-716-DE-F1-1.Pdf	03.01.2019
European Supervisory Authorities (ESA)	<i>Final Report On Draft Joint Regulatory Technical Standards on the measures credit institutions and financial institutions shall take to mitigate the risk of money laundering and terrorist financing where a third country's law does not permit the application of group-wide policies and procedures</i>	https://esas-joint-committee.europa.eu/Publications/Reports/Final Report on Joint RTS on 3rd countries.pdf	03.01.2019
European Supervisory Authorities (ESA)	<i>Joint Opinion on the risks of money laundering and terrorist financing affecting the Union's financial sector</i>	https://eba.europa.eu/documents/10180/1759750/ESAS+Joint+Opinion+on+the+risks+of+money+laundering+and+terrorist+financing+affecting+the+Union's+financial+sector+(JC-2017-07).pdf	03.01.2019
European Supervisory Authorities (ESA)	<i>Leitlinien zur risikobasierten Aufsicht</i>	https://esas-joint-committee.europa.eu/Publications/Guidelines/Joint Guidelines on risk-based supervision_DE (ESAs 2016 72).pdf	03.01.2019
European Supervisory Authorities (ESA)	<i>Leitlinien zu Risikofaktoren</i>	https://esas-joint-committee.europa.eu/Publications/Guidelines/Guidelines on Risk Factors_DE_04-01-2018.pdf	03.01.2019
Financial Action Task Force (FATF)	<i>FATF Annual Report 2000–2001</i>	http://www.fatf-gafi.org/media/fatf/documents/reports/2000_2001_ENG.pdf	03.01.2019
Financial Action Task Force (FATF)	<i>High-risk and other monitored jurisdictions</i>	http://www.fatf-gafi.org/countries	03.01.2019
Financial Action Task Force (FATF)	<i>Homepage</i>	http://www.fatf-gafi.org	03.01.2019

Verfasser	Titel	URL	Abrufdatum
Financial Action Task Force (FATF)	<i>Mitgliedsländer der FATF</i>	http://www.fatf-gafi.org/countries	03.01.2019
Financial Action Task Force (FATF)	<i>Mutual Evaluation Report Anti-Money Laundering and Combating the Financing of Terrorism Germany</i>	http://www.fatf-gafi.org/media/fatf/documents/reports/mer/MER_Germany_full.pdf	03.01.2019
Financial Intelligence Unit (FIU)	<i>Internetseite der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen</i>	http://www.zoll.de/DE/Fachthemen/FIU/fiu_node.html	
Financial Intelligence Unit (FIU)	<i>Newsletter – Anhaltpunktepapier Ausgabe Nr. 11/August 2014</i>	https://geldwaesche-beauftragte.de/wp-content/uploads/2017/04/FIU_Newsletter_Ausgabe_Nr._11_-August_2014.pdf	03.01.2019
Financial Intelligence Unit (FIU)	<i>Money Laundering and Terrorist Financing Vulnerabilities of Legal Professionals</i>	http://www.fatf-gafi.org/media/fatf/documents/reports/ML_and_TF_vulnerabilities_legal_professionals.pdf	03.01.2019
Hanseatische Rechtsanwaltskammer Hamburg	<i>Anordnung der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer Hamburg nach 6 Abs. 9 GwG</i>	http://www.rak-hamburg.de/f/2f497f140f.pdf	03.01.2019
Hanseatische Rechtsanwaltskammer Hamburg	<i>Auslegungs- und Anwendungshinweise der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer Hamburg zum Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten</i>	http://www.rechtsanwaltskammerhamburg.de/f/042a03574c.pdf	03.01.2019
Joint Committee European Supervisory Authorities	<i>Joint Guidelines on Risk Factors</i>	https://esas-joint-committee.europa.eu/Pages/Guidelines/Joint-Guidelines-on-Risk-Factors.aspx	03.01.2019
Rechtsanwaltskammer Berlin	<i>Auslegungs- und Anwendungshinweise</i>	https://www.rak-berlin.de/download/mitglieder_pdfs/180126_GW-Auslegungs-undAnwendungshinweise_2018_01.pdf	03.01.2019
Rechtsanwaltskammer München	<i>Auslegungs- und Anwendungshinweise der Rechtsanwaltskammer München zum Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten</i>	http://www.rak-muenchen.de/fileadmin/downloads/01_Rechtsanwaelte/Mitgliedservice/Auslegungs_AnwendHinweiseGwG.pdf	03.01.2019
Steuerberaterkammer Hamburg	<i>Auslegungs- und Anwendungshinweise der Steuerberaterkammer Hamburg zum Geldwäschegesetz</i>	https://stbk-hamburg.de/wp-content/uploads/Auslegungs-und-Anwendungshinweise-der-StBK-Hamburg-zum-Geldwäschegesetz-1.pdf	03.01.2019
Wirtschaftsprüferkammer	<i>Auslegungs- und Anwendungshinweise der Wirtschaftsprüferkammer zum GwG</i>	https://www.wpk.de/fileadmin/documents/Mitglieder/Geldwaesche/WPK-Bekaempfung_der_Geldwaesche-Anwendungshinweise.pdf	03.01.2019

1. Einführung

Autor: Wolfgang Paul

Geldwäsche und Terrorismus sind Phänomene, die uns nicht erst seit heute, aber vor allem heute begleiten. Sie sind gegenwärtig. Sie sind kultur-, gesellschafts- und staatsübergreifend, was ihre wirksame Bekämpfung nicht nur von deren allgemeiner Akzeptanz, sondern auch von funktionierender Zusammenarbeit auf internationaler Ebene abhängig macht. In rechtlicher Hinsicht steht mit dem am 26.6.2017 in Kraft getretenen neuen Geldwäschegegesetz ein Instrumentarium des deutschen Gesetzgebers zur Verfügung, das zumindest auf Ebene der Europäischen Union eine konzertierte Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung erwarten lässt, da es – wie schon sein Name sagt – der Umsetzung der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie dient.¹

Dass Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierungsbekämpfung in einem einheitlichen Gesetz geregelt sind, ist vor allem ihren Gemeinsamkeiten geschuldet. So wird in beiden Bereichen oftmals organisiert und international operiert, um die Herkunft von finanziellen Mitteln und Vermögen zu verschleiern. Allein in den Zielen bestehen Unterschiede: Während Geldwäsche dem eigenen Besitzstreben dient, dient Terrorismusfinanzierung terroristischen Aktivitäten. Daraus ergibt sich, dass das 3-Phasen-Modell, mit dem geldwäscherrechtliche Aktivitäten üblicherweise beschrieben werden, nicht uneingeschränkt auf Terrorismusfinanzierung übertragbar ist. Das 3-Phasen-Modell versucht in einer Vielzahl unterschiedlichster Abläufe und Methoden der Geldwäsche Gemeinsamkeiten zu finden und zu definieren, sie quasi auf wenige gemeinsame Nenner zu bringen. Danach teilt sich der Vorgang der Geldwäsche in (a) das „**Placement**“, (b) das „**Layering**“ und (c) die „**Integration**“.² Durch das „Placement“ werden die aus kriminellen Aktivitäten stammenden Gelder oder Vermögenswerte in den legalen Finanzkreislauf eingebracht. Dies geschieht häufig, indem Bargeld in Buchgeld verwandelt wird oder indem mit dem Bargeld bestimmte Vermögenswerte, insbesondere Luxusgüter, angeschafft werden, um diese später wieder zu verkaufen. Im Anschluss an das „Placement“ folgt das „Layering“. Hier wird versucht, die kriminelle Herkunft der Vermögenswerte zu verschleiern, etwa durch undurchsichtige Finanztransaktionen, vorzugsweise mithilfe von Offshore-Banken. In der letzten Stufe schließt sich die „Integration“ an. Dabei fließen die Vermögenswerte im „Kleid“ der Legalität ganz oder zum Teil an denjenigen zurück, der ursprünglich Erlöse aus kriminellen Geschäften erzielt hat. Zu beachten ist, dass die einzelnen drei Phasen meist nur in der Theorie trennungsscharf sind. In der Praxis überschneiden sie sich oftmals, zum Teil fallen sie weg.

1 Gesetz zur Umsetzung der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie, zur Ausführung der EU-Geldtransferverordnung und zur Neuorganisation der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen vom 23.6.2017, BGBl. I 2017, 1877.

2 Herzog/Achtelik, Einl. GwG, Rn. 8 ff.

1. Einführung

- 3** Übertragen auf Terrorismusfinanzierung verbleibt vom 3-Phasen-Modell häufig nur das „Layering“. Auf ein „Placement“ kann jedenfalls dann verzichtet werden, wenn die Terrorismusfinanzierung nicht aus kriminellen Quellen stammt, sondern aus legalen. Auch eine Rückführung der Vermögenswerte im Sinne der Integration-Phase findet regelmäßig nur statt, wenn derjenige, der die Terrorgruppe finanziert, selbst Teil der Terrorgruppe ist.
- 4** Zur Bedeutung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung lassen sich wenige verlässliche Zahlen finden. Zumeist basieren sie auf mehr oder weniger groben Schätzungen. So werden für Deutschland Zahlen genannt, die für Geldwäsche zwischen 50 bis 500 Mrd. €³ rangieren, teilweise aber auch deutlich darunter liegen sollen.⁴ Verlässlicher sind empirische Werte, wie sie sich zu Verdachtsmeldungen und deren Ergebnissen zusammenstellen lassen. Hierzu die beiden folgenden Übersichten:

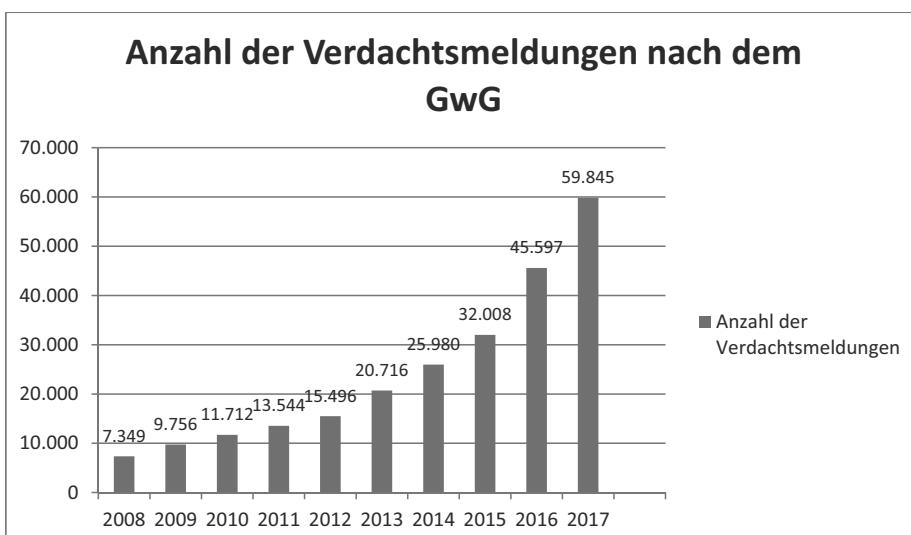


Abbildung 1: Entwicklung der Verdachtsmeldungen nach dem GwG

Quelle: Jahresbericht 2017 der FIU, Abbildung 1, S. 6.

3 So etwa Kury, BRAK Magazin 1/18, 3.

4 Vgl. etwa die Studie von Schneider; s. auch Unger/Addink/Walker/Ferwerda/van den Broek/Deleaneu, 43, für das Jahr 2009.

Jahr	Urteile	Strafbefehle	Anklageschriften	Einstellungsverfügungen	Summe pro Jahr
2008	31	138	42	3.507	3.718
2009	32	143	82	4.333	4.590
2010	60	262	96	4.510	4.928
2011	58	342	95	7.095	7.590
2012	46	286	88	7.963	8.383
2013	62	228	84	11.397	11.771
2014	50	254	110	15.241	15.655
2015	37	213	71	17.326	17.647
2016	69	284	94	23.169	23.616
2017	127	257	90	20.553	21.027

Tabelle 1: Übersicht der Urteile, Strafbefehle, Anklageschriften und Einstellungsverfügungen

Quelle: Jahresbericht 2017 der FIU, Abbildung 6, S. 12.

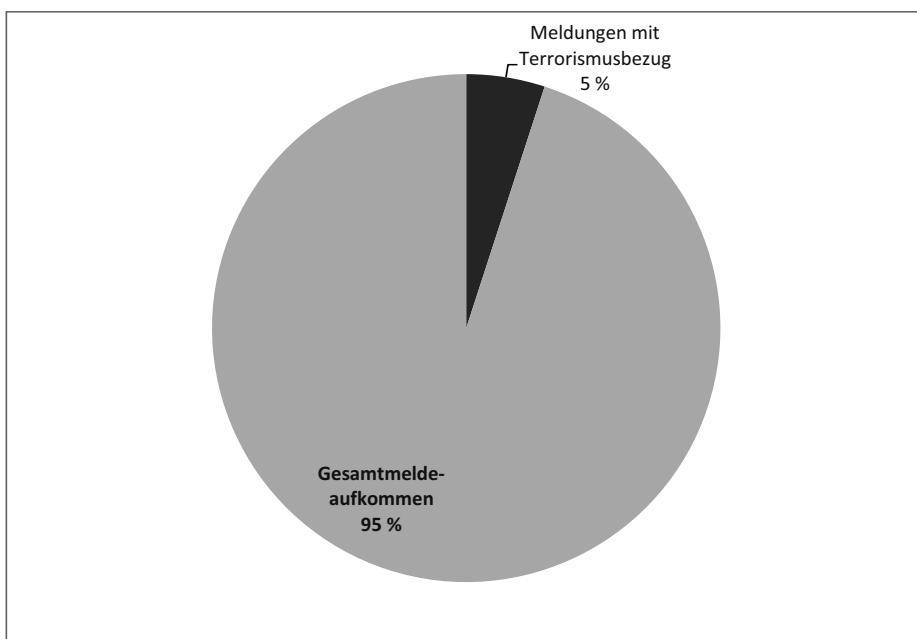


Abbildung 2: Meldungen mit Terrorismusbezug (2017)

Quelle: Jahresbericht 2017 der FIU, Abbildung 10, S. 18.

2. Gesetzeshistorie

Autor: Wolfgang Paul

- 5 Der geschichtliche Hintergrund des Geldwäscherechts in der Europäischen Union sowie auf nationaler Ebene soll im Rahmen dieses Leitfadens lediglich knapp veranschaulicht werden. Einzelheiten und umfangreichere Darstellungen finden sich in der einschlägigen Kommentarliteratur.⁵ Eine kurze Zusammenfassung der Richtlinienentwicklung enthält zudem ErwGrd. 3 der Vierten GW-RI.
- 6 Rechtlicher Ausgangspunkt für die Bekämpfung der Geldwäsche bildete auf europäischer Ebene die **Erste GW-RI**.⁶ Sie verpflichtete die Mitgliedstaaten erstmals, Geldwäsche-Straftatbestände einzuführen. Die Richtlinie richtete sich vornehmlich an Kredit- und Finanzinstitute. Eine Identifizierungspflicht hinsichtlich ihrer Kunden wurde festgelegt. Sie führte in Deutschland zur Novellierung des Geldwäsche gesetzes vom 29.11.1993.⁷
- 7 Die **Zweite GW-RI** erweiterte die Adressatengruppe.⁸ Verpflichtete waren nunmehr neben Kredit- und Finanzinstituten auch verschiedene Freiberufler wie Rechtsanwälte, Steuerberater und Notare sowie u.a. Immobilienmakler und Spielkasinos. Umgesetzt wurde sie durch das Geldwäschebekämpfungsgesetz vom 15.8.2002⁹, das auf nationaler Ebene bereits Maßnahmen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung vorsah. Das Gesetz ist insoweit in zeitlichem Zusammenhang zu den Anschlägen auf das World Trade Center vom 9.11.2001 in New York zu sehen.
- 8 Im Jahr 2005 folgte die **Dritte GW-RI**.¹⁰ Sie hob die Erste und Zweite GW-RI. auf und ersetzte sie vollständig. Neben Geldwäsche sollte nun auch auf europäischer Ebene Terrorismusfinanzierung bekämpft werden. Die Richtlinie vertrat einen risikoorientierten Ansatz (**„risk-based approach“**) und zog ihm dem bis dahin bestehenden regelbasierten Ansatz vor. Dieser hatte unabhängig von konkreten Risiken für definierte Situationen bestimmte Maßnahmen vorgegeben. Das hatte sich als zu statisch, zu bürokratisch und letztendlich als ineffektiv herausgestellt, da er weder kunden- noch transaktionsspezifischen Gefahren gerecht werden konnte. Ganz anders der risikoorientierte Ansatz, mit dem den jeweiligen Gefahren im jeweiligen Geschäftsfeld flexibel und angemessen begegnet werden kann. Die Umsetzung der Dritten GW-RI. erfolgte durch das Geldwäschebekämpfungsgesetz

5 Vgl. etwa Herzog/Achtelik, Einl. GwG, Rn. 77 ff.; Zentes/Glaab/Wende, Einl. GwG, Rn. 13 ff., 28 ff.

6 RL 91/308/EWG des Rates vom 10.6.1991 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche; ABl. EG 1991 L 166, S. 77.

7 BGBl. I 1993, 1770.

8 RL 2001/97/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4.12.2001; ABl. EG 2002 L 344, S. 76.

9 BGBl. I 2002, 3105.

10 RL 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung vom 26.10.2005; ABl. EU L 309, S. 15.

vom 13.8.2008, das eine vollständige Neufassung des bisherigen Geldwäschege-
setzes umfasste (Art. 11 des Gesetzes a.F.).¹¹

Daraufhin folgte die **Vierte GW-RI.**¹² Sie brachte u.a. die Einführung des Transparenzregisters (Art. 30 Abs. 3) und legte erstmals konkrete und sehr hohe Geldbußen bei Verstößen fest (Art. 59). Die Richtlinie wurde durch das Gesetz zur Umsetzung der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie, zur Ausführung der EU-Geldtransferverordnung und zur Neuorganisation der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen vom 23.6.2017¹³ in nationales Recht umgesetzt. Dies führte nur zu einem kurzzeitigen Verschnaufen aufseiten des Gesetzgebers. Denn auf EU-Ebene wurde bereits die **Fünfte GW-RI.** geschaffen, die gemäß deren Art. 5 am 9.7.2018 in Kraft getreten ist und deren Umsetzungsfrist gem. Art. 4 Abs. 1 für die Mitgliedstaaten am 10.1.2020 ablaufen wird.¹⁴

9

11 BGBl. I 2008, 1690.

12 RL (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.5.2015, ABl. EU L 141, S. 73.

13 BGBl. I 2017, 1822.

14 RL (EU) 2018/843 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30.5.2018, ABl. EU L 156, S. 43.

3. Wichtige Rechtsquellen

Autor: Wolfgang Paul

- 10 Rechtsquellen, die sich mit der Bekämpfung von Geldwäsche bzw. Terrorismusfinanzierung beschäftigen, finden sich sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Hinzu kommen Empfehlungen der FATF, die in unterschiedlicher Weise Einfluss auf die Rechtsquellen haben bzw. sogar in sie eingegangen sind. Ihnen wird ein eigener Abschnitt gewidmet.

3.1 Internationale Ebene

- 11 Auf internationaler Ebene ist vor allem das EU-Recht in Form der Richtlinien wegweisend für das nationale Geldwäscherecht, sei es in Form der nationalrechtlichen Umsetzungen, sei es in Form europarechtskonformer Auslegung. Insoweit ist derzeit die Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates (Vierte GW-RI.) vom 20.5.2015 einschlägig.¹⁵

3.2 Nationale Ebene

- 12 Auf nationaler Ebene spielen für die Praxis neben den Gesetzen diverse Auslegungs- und Anwendungshinweise eine Rolle. Sie wurden in der Vergangenheit und werden nach wie vor nicht nur von Branchenverbänden der einzelnen geldwäscherechtlich Verpflichteten herausgegeben, sondern auch von den Aufsichtsbehörden im Rahmen des § 51 Abs. 8 GwG.

3.2.1 Gesetze

- 13 Zentrale Rechtsquelle ist auf nationaler Ebene das Geldwäschegesetz in der derzeitigen Fassung vom 23.6.2017.¹⁶ Daneben finden sich weitere Sonderregelungen in verschiedenen Einzelgesetzen, so in § 31b AO, der die Lockerung des Steuergeheimnisses zugunsten der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung betrifft, in § 154 AO, in dem es um die Kontenwahrheit geht und der solchen Verpflichteten, die Konten führen, Wertsachen verwahren oder als Pfand nehmen oder Schließfächer überlassen, bestimmte Pflichten auferlegt. Eine weitere wichtige Sonderregelung enthält § 25h KWG, der insbesondere Institute betrifft. Hier erfahren Bereiche wie Risikomanagement, interne Sicherungsmaßnahmen, Datenverarbeitungssysteme, Transaktionen und Geldwäschebeauftragte ergänzende Regelungen. Ähnliche Anknüpfungen, wenn auch nicht so umfangreich wie bei Instituten, finden sich bei Kapitalverwaltungsgesellschaften. So kann ihnen ihre Tä-

15 ABI. EU L 141, S. 73.

16 Gesetz zur Umsetzung der Vierten EU-Geldwäschegerichtlinie, zur Ausführung der EU-Geldtransferverordnung und zur Neuorganisation der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen, BGBl. I 2017, 1822.

tigkeitserlaubnis entzogen werden, wenn sie beispielsweise schwerwiegend, wiederholt oder systematisch gegen Bestimmungen des GwG verstößen (§ 39 Abs. 3 Ziff. 7 KAGB).

3.2.2 Auslegungs- und Anwendungshinweise

Gemäß § 51 Abs. 8 GwG haben alle Aufsichtsbehörden den geldwäscherechtlich Verpflichteten Auslegungs- und Anwendungshinweise zur Verfügung zu stellen, für die sie nach § 50 GwG zuständig sind.

14

3.2.2.1 Pflicht

Diese Auslegungs- und Anwendungshinweise können als Rechtsquellen im weiteren Sinne bezeichnet werden. Die Regelung existierte in ähnlicher Weise bereits in § 16 Abs. 5 GwG a.F. Neu ist in § 51 Abs. 8 GwG dessen Satz 2, wonach die Aufsichtsbehörde ihre Pflicht auch dadurch erfüllen kann, dass sie Hinweise genehmigt, die durch Verbände der Verpflichteten erstellt worden sind. Derartige Hinweise wurden auch bereits in der Vergangenheit durch verschiedene Verbände wie etwa die Deutsche Kreditwirtschaft erarbeitet. Allerdings genießen sie nunmehr aufsichtsrechtliche Legitimität, soweit die Aufsichtsbehörde ihre Genehmigung auf sie erstreckt. § 51 Abs. 8 GwG stellt die Erarbeitung regelmäßig aktualisierter Auslegungs- und Anwendungshinweise bzw. ihre Genehmigung nicht in das Ermessen der Aufsichtsbehörden. Vielmehr handelt es sich, wie Satz 2 ausdrücklich sagt, um eine **Pflicht**.

15

3.2.2.2 Sachliche Reichweite

Die Pflicht zur Aufstellung der Auslegungs- und Anwendungshinweise ist sachlich beschränkt. Sie dienen einerseits der Umsetzung der **Sorgfaltspflichten** nach § 10 ff. GwG und umfassen daher sowohl allgemeine als auch vereinfachte oder verstärkte Sorgfaltspflichten. Ferner betreffen sie **interne Sicherungsmaßnahmen** nach § 6 GwG. Wenn die Auslegungs- und Anwendungshinweise sich mit diesen beiden Sachbereichen befassen, ist die gesetzliche Pflicht der Aufsichtsbehörde erfüllt. Das Gesetz ordnet in sachlicher Hinsicht **nicht** an, dass sie alle sich im Rahmen der Sorgfaltspflichten und internen Sicherungsmaßnahmen ergebenden Fragen **erschöpfend** regeln. Vielmehr können sie auch nur punktuell bestimmte Themenbereiche behandeln, wenn sie sich auf Sorgfaltspflichten und interne Sicherungsmaßnahmen erstrecken. Sofern diese beiden Bereiche an Vorschriften oder Begriffe anknüpfen, die sich außerhalb der sie regelnden Normen befinden, können sich die Auslegungs- und Anwendungshinweise auch hierauf erstrecken. Wird beispielsweise in § 6 Abs. 2 Ziff. 1b GwG an die Kundensorgfaltspflichten nach §§ 10 bis 17 angeknüpft, so betrifft dies auch die Abklärung, ob der Vertragspartner nach § 10 Abs. 1 Ziff. 2 GwG für einen wirtschaftlich Berechtigten handelt. Wer wirtschaftlich Berechtigter ist, wird in § 3 GwG geregelt. Auslegungs- und Anwendungshinweise, die sich mit internen Sicherungsmaßnahmen und Sorgfaltspflichten befassen, können daher auch die Auslegung des Begriffs des wirtschaftlich Berechtigten umfassen.

16

Unter Geldwäsche versteht man die Einschleusung von illegal erwirtschafteten Geldern in den legalen Finanz- und Wirtschaftskreislauf. Mit dem aktuellen Geldwäschegesetz verfügt der deutsche Gesetzgeber über ein Instrumentarium, das auf Ebene der Europäischen Union eine konzertierte Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung erwarten lässt.

Zur Bedeutung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung lassen sich nur wenige verlässliche Zahlen finden. Aussagekräftig sind lediglich einige empirische Ermittlungen. So gab es zuletzt fast 60.000 Verdachtsmeldungen nach dem Geldwäschegesetz in Deutschland – Tendenz steigend.

Neben dem Aspekt der Strafverfolgung zielt das präventiv ausgerichtete Geldwäschegesetz darauf ab, durch Sorgfalts-, Transparenz- und Überwachungspflichten Verdachtsfälle der Geldwäsche möglichst frühzeitig zu erkennen. Dabei ist insbesondere kleineren Unternehmen und Organisationen häufig nicht klar, welche Konsequenzen die Verschärfung des Geldwäschegesetzes mit sich gebracht hat. Der Praxisleitfaden Geldwäscheprävention zeigt anhand des aktuellen Gesetzestextes in der Fassung vom 10.07.2018 Problemfälle auf und gibt Handlungsempfehlungen, wie Sie die rechtlichen Anforderungen umsetzen können, um etwaige Sanktionen zu vermeiden.

AUS DEM INHALT

- Wichtige Begriffe und Rechtsquellen des Geldwäscherechts
- Aktuelle Rechtsprechung, Auslegungs- und Anwendungshinweise
- Verpflichtete nach § 2 Geldwäschegesetz und Gruppenzugehörigkeit nach § 9 Geldwäschegesetz
- Wirtschaftlich Berechtigter: natürliche und juristische Personen, Stiftungen, Vereine, Treuhandverhältnisse, Nießbrauch sowie weitere praxisrelevante Einzelfälle
- Risikomanagement einschließlich Risikoanalyse und interner Sicherungsmaßnahmen
- Sorgfaltspflichten, Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten, Meldepflichten
- Der Geldwäschebeauftragte und seine arbeitsrechtliche Stellung
- Transparenzregister: Transparenzpflichten und Einsichtsrechte